

# Polizei verhielt sich rechtswidrig

Frankfurter Rundschau

**Gericht stellt unzumutbare Behinderungen in Brokdorf fest**

geg FRANKFURT A. M., 25. Juli. Eine „geradezu normen-feindliche Haltung“ der Hamburger Polizei bei ihren Vorkontrollen zur Demonstration in Brokdorf hat das Verwaltungsgericht Schleswig festgestellt. Die Kammer sieht es als erwiesen an, daß die Polizei den Demonstranten völlig überflüssige Auflagen erteilt, schleppend kontrolliert und damit in

unzumutbarer Weise eine rechtzeitige Anreise der Demonstranten erschwert hat. In dem jetzt bekanntgewordenen Urteil vom 11. Juli dieses Jahres stellte das Gericht fest, daß die polizeiliche Sperre im Juni 1986 an der Autobahnan-schlußstelle Horst wie auch die Kontroll-stelle in Neuenbrook bei der Großkundingung gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Brokdorf rechtswidrig war. Damit gaben die Richter mehreren Bürgern recht, darunter auch Rechtsanwalt Michael Günther, die wegen des umstrittenen Einsatzes gegen die Polizeidirektion Schleswig-Holstein geklagt hatten (Az: 3A 137/87).

In seiner Entscheidung kam das Gericht zu dem Schluß, daß die Sperrung in Horst „jeglicher rechtlicher Grundlage entbehrt“ habe. Dort waren an der Autobahnausfahrt in den frühen Morgenstunden zwei Container so dicht beieinander aufgestellt worden, daß Lastwagen den Durchlaß nicht mehr passieren konnten.

Statt zügig durchzuführender Sichtkontrollen seien zudem bei völlig friedlichen Demonstranten „Durchsuchungsmaßnahmen“ durchgeführt worden, stellte das Gericht jetzt fest. So hätten sie Reservekanister extra leeren müssen, obwohl sich gleich hinter dem Kontrollpunkt eine Tankstelle befunden habe. All dies habe einen erheblichen Rückstau verursacht. Ein Teil der Demonstranten habe die Kundgebung nicht mehr erreicht.

Nach Einschätzung der Kläger hat das Urteil auch für weitere Demonstrationen eine Bedeutung. Das Gericht bejahte eine konkrete Wiederholungsgefahr der strittigen polizeilichen Maßnahmen. Das Urteil verpflichtet die Polizei künftig zu einem „versammlungsfreundlichen“ Verhalten.

**Bonn und London unterzeichneten gemeinsame Erklärung:**

## Atom-Wiederaufarbeitung auch in Großbritannien

dpa Bonn. Die Bundesregierung hat gestern einen weiteren Schritt zur vollständigen Wiederaufarbeitung von Uranmaterial aus deutschen Nuklearanlagen im Ausland vollzogen. Mit der britischen Regierung gab sie grünes Licht für die Behandlung von ausgebrannten Brennelementen in der britischen Aufarbeitungsanlage Sellafield, die derzeit ausgebaut wird.

Umweltminister Töpfer und der stellvertretende britische Energieminister Spicer unterzeichneten in Bonn eine entsprechende gemeinsame Erklärung. Sie sieht für eine derartige Aufarbeitung höchste Sicherheitsstandards vor und eröffnet zugleich weitere Kooperationsfelder bei der Herstellung von Brennelementen und zur Urananreicherung durch Unternehmensgründungen- oder -beteiligungen auf privatwirtschaftlicher Basis.

Auf der Grundlage der Erklärung können jetzt deutsche Stromunternehmen die in Aussicht genommenen Entsorgungsverträge mit dem Betreiber der Anlage in Sellafield, der staatlichen British Nuclear Fuels



Bundesumweltminister Klaus Töpfer (r.) und der britische Staatssekretär im Energieministerium, Michael Spicer. Foto: dpa

(BNFL), abschließen. In Sellafield ist eine Anlage mit 800 Tonnen Jahresleistung im Bau. In der Bundesrepublik fallen derzeit jährlich 500 Tonnen aufzuarbeitende Brennelemente an. Obgleich sich Töpfer auf Prozentangaben nicht festlegen wollte, sollen möglicherweise mehr als 200 Tonnen in Sellafield von Ende der

90er Jahre an behandelt werden, der übrige Teil in der französischen Anlage La Hague. Dem Vernehmen nach haben die Briten ein günstigeres Preisangebot gemacht. Die Aufarbeitungskapazität der inzwischen gestoppten deutschen Anlage Wackersdorf sollte lediglich bei 350 Jahrestonnen liegen.

Nach der gemeinsamen Erklärung müssen alle weiteren Kooperationsabkommen und Entsorgungsverträge ähnlich wie im Fall der bereits mit Frankreich vereinbarten Zusammenarbeit durch gesonderte Regierungsabkommen noch völkerrechtlich abgesichert werden. Töpfer hob hervor, daß die britische Seite insbesondere auch an einer Beteiligung der in der Bundesrepublik weit entwickelten Fertigung sogenannter Mischoxid-Brennelemente interessiert sei. Auf dem Gebiet der Urananreicherung, wo beide Länder bereits seit Jahren in dem gemeinsamen Unternehmen URENCO zusammenwirken, soll neben dem bisherigen Gaszentrifugenverfahren die neu entwickelte Lasertechnik in die Kooperation einbezogen werden.